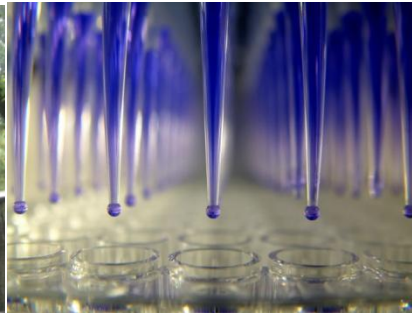


Raus aus dem Elfenbeinturm. Umweltforschungsinstitute und die Zivilgesellschaft

Susanne Langsdorf, Robert Ostwald



© pixelio/ Bettina Stolze



© fotolia/ Caleb Foster_L



Kurzzusammenfassung

Die frühen nicht-staatlichen Umweltinstitute sind stark mit der Umweltbewegung verknüpft, spätere Institute oftmals eher durch thematische Lücken in der Umweltforschung entstanden. Am Beispiel der ersten nicht-staatlichen Umweltinstitute Öko-Institut und Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH mit einer großen Nähe zur zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung, dem später gegründeten Ecologic Institut mit weniger starker Bindung an die Zivilgesellschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) als staatlichem Institut wird die Bandbreite, innerhalb derer Zivilgesellschaft und Umweltforschungsinstitute miteinander agieren, dargestellt.

Dieses Papier befasst sich mit der Geschichte der zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung und wie diese zur Entwicklung der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland beitrug. Es geht der Frage nach, in welchem Verhältnis Umweltforschungsinstitute und Umweltbewegung heute zueinander stehen und wie sich dieses Verhältnis im Laufe der vergangenen Jahrzehnte geändert hat.

Dieses Papier ist im Rahmen des Projektes „Vom blauen Himmel über der Ruhr bis zur Energiewende“ (<http://geschichte-umweltpolitikberatung.org/>) entstanden, welches durch das Ecologic Institut mit Unterstützung des Ecornet durchgeführt und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert wurde.

Abkürzungsverzeichnis:

BBU	–	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
GmbH	–	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IFEU	–	Institut für Energie- und Umweltforschung (später ifeu)
IIUG	–	Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft
NGO	–	Nichtregierungsorganisation
NPO	–	Non-Profit-Organisation
SRU	–	Sachverständigenrat für Umweltfragen
UfU	–	Unabhängiges Institut für Umweltfragen
WBGU	–	Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltfragen
WZB	–	Wissenschaftszentrum Berlins für Sozialforschung

1. EINLEITUNG

Der vorliegende Beitrag geht auf das Verhältnis zwischen der Zivilgesellschaft und den Umweltforschungs- und -beratungsinstituten ein. Die zivilgesellschaftliche Umweltbewegung war aus der Sicht vieler früherer Teilnehmer ein entscheidender Faktor für die Entstehung der nicht-staatlichen Umweltforschung und -beratung in den 1970er Jahren. Die Landschaft der Umweltinstitute hat sich seitdem jedoch erheblich ausdifferenziert und sowohl Umweltforschung, als auch Umweltbewegung sind mittlerweile „erwachsen geworden“ (Zahrnt und Zahrnt, 2008): Umweltwissenschaftler/innen arbeiten heute in einer Vielzahl professioneller Forschungseinrichtungen, der Großteil der Aufträge wird für staatliche Institutionen durchgeführt. Die Zusammenarbeit mit der zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung hat im Vergleich an Bedeutung verloren (Zahrnt und Zahrnt, 2008). Nichtsdestotrotz würden vermutlich viele Umweltwissenschaftler/innen konstatieren, dass sie mit ihrer Arbeit zur Schaffung gemeinwohlorientierter Güter beitragen, was ein klassisches Ziel zivilgesellschaftlichen Engagements darstellt (Zimmer, 2012). Einige der Umweltinstitute betonen oder pflegen ihre Nähe zur Zivilgesellschaft: das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) versteht sich als „wissenschaftliches Institut und Bürgerorganisation“ (UfU, 2014), das Öko-Institut bekennt sich zu einer „wertorientierten wissenschaftlichen Forschung“ (<http://www.oeko.de/das-institut/>) und berät u.a. Akteure der Zivilgesellschaft; bis heute ist es als Verein organisiert. Andere Institute betreiben ihre Umweltforschung ohne eine besondere Nähe zur Zivilgesellschaft. Einige der Konstellationen der Verbindungen soll im Folgenden exemplarisch an vier Instituten – dem Öko-Institut, dem Ifeu-Institut, dem Ecologic Institut und dem WZB – dargestellt werden. Dabei soll auch herausgearbeitet werden, unter welchen Voraussetzungen eine größere Nähe zwischen Zivilgesellschaft und Instituten entsteht sowie welche Vor- und Nachteile dies mit sich bringen kann.

Dieses Papier entstand im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“, Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung (kurz: das Projekt), welches von Dezember 2012 bis August 2014 durch das Ecologic Institut durchgeführt wurde.

Obleich Umweltpolitik eines der wichtigsten Politikfelder in Deutschland ist, gibt es bisher wenig Wissen um die Anfänge und Bedeutung der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland. Welche Rolle hat die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung für die Umweltpolitik gespielt? Handelte es sich bei der deutschen Umweltpolitik um eine Entwicklung von oben nach unten oder umgekehrt? Welche Faktoren führten zur Entstehung der einzelnen umweltpolitischen Forschungsinstitute? Welche Rolle spielte die Zivilgesellschaft? Was sind die größten Unterschiede in der ost- und westdeutschen Entwicklung in diesem Bereich und wirken Sie heute noch nach? Das Projekt zielte darauf ab, diese und andere Fragen zu beleuchten und neues Geschichtswissen zu diesen Zusammenhängen zu schaffen.

Im Folgenden wird zunächst auf die Methodik des Projekts eingegangen, in dessen Rahmen dieses Papier entstanden ist. Anschließend an die Methodik wird eine Begriffsbestimmung vorgenommen, bevor sich der Entwicklung des Umweltbewusstseins und der zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung in der BRD gewidmet wird. Auf dieses Kapitel folgt die Betrachtung der vier Umweltinstitute. Das Papier schließt mit einer kurzen Diskussion der Ergebnisse.

2. METHODIK

Im Rahmen des Projekts wurden insgesamt 20 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zur Entstehung und Entwicklung der Umweltpolitikforschung und -beratung interviewt. Die Interviews wurden unter Anwendung der „Oral History“-Methode geführt. Mit der Oral History Methode sammeln Wissenschaftler/innen Erinnerungen und Kommentare geschichtlicher Relevanz. Die Methode wird mittels strukturierter Interviews durchgeführt, die als Video oder in Tonformaten aufgezeichnet und transkribiert werden (Ritchie, 2003). In diesem Projekt wurden 19 der Interviews gefilmt, ein Interview wurde

telefonisch durchgeführt und aufgezeichnet. Alle Interviews wurden unter Nutzung eines einfachen Transkriptionssystems verschriftlicht. Das Genre dieses Oral History Projekts war eine Mischform aus Themen- und Lebensgeschichte (zur Einordnung siehe: Larson, 2006). Aufgrund des Spezifikums der Thematik wurden ausschließlich Expertinnen und Experten interviewt. Die eingeladenen Zeitzeugen waren vornehmlich Gründer nicht-staatlicher Umweltforschungs- und beratungsinstitute, da diesen Instituten das Hauptinteresse des Projekts zukam. Um die Entwicklung der deutschen Forschungs- und Beratungsinstitute im Umweltbereich einordnen zu können, wurden jedoch auch staatliche Beratungsinstitute und die staatlichen Auftraggeber in das Projekt einbezogen. Es wurden daher zusätzlich Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltfragen (WBGU), des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), des Umweltbundesamts und verschiedener Bundesministerien interviewt. Die Auswahl der Zeitzeug/inn/en „von verschiedenen Seiten“ sollte zudem der häufig kritisierten inhärenten Schwäche von Zeitzeugeninterviews – der inakkuraten oder falschen Erinnerung und Subjektivität – entgegenwirken (Ritchie, 2003; Shopes, 2002).

Die Auswahl der Interviewerinnen und Interviewer wurde ebenfalls bewusst durchgeführt: Themenorientierte Oral History Projekte profitieren meist von Interviewern mit großem Fachwissen, gleichzeitig wird die Neutralität solcher Interviewer bezweifelt (Larson, 2006). Um diese Spannung zu lösen, wurden alle Interviews durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durchgeführt, die heute im Bereich der Umweltpolitikforschung und -beratung tätig sind und die Landschaft entsprechend gut kennen. Allerdings gehörten alle Interviewer/innen einer jüngeren Generation als die Zeitzeug/inn/en an, was die notwendige Distanz ermöglichen sollte.

Die Interviews wurden unter Nutzung eines halbstandardisierten Fragebogens durchgeführt, der an den jeweiligen Zeitzeugen angepasst wurde. Der Fragebogen enthielt folgende Fragenkomplexe: Beschreibung der Entstehungsgeschichte der deutschen Umweltpolitik; Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung; Gründungsgeschichte des jeweiligen Instituts des Befragten; Beziehung der Institute zum etablierten Wissenschaftssystem und untereinander; sowie Entwicklungsphasen der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit entsprechendem Karriere- und Lebenshintergrund wurden zudem über die Rolle der EU für die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung und die Entwicklung der Umweltforschung und Umweltbewegung in der DDR befragt. Diese Themenkomplexe wurden in Fragekomplexen zusammengefasst, die jedoch nicht schematisch, sondern dem Gesprächsverlauf angepasst, erfragt wurden. Neben diesem Hauptgerüst wurde für die Zeitzeug/inn/en, die in staatlichen Beratungsinstituten oder für staatliche Behörden tätig waren (oder noch sind), ein zweiter Fragebogen entwickelt. Dieser Interviewbogen lehnte sich in Logik und Struktur stark an den Hauptfragebogen an, betonte jedoch die Entwicklung auf staatlicher Seite sowie die Sicht der Behörden auf die nicht-staatlichen Institute.

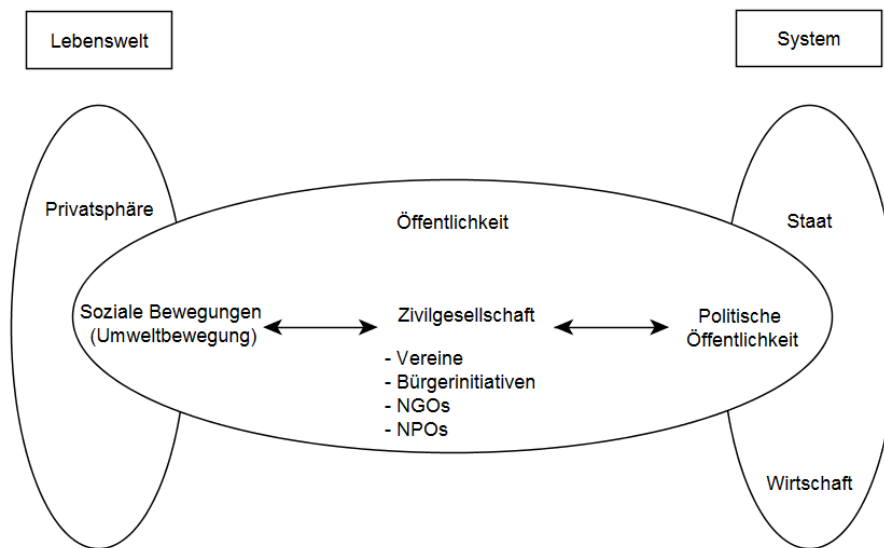
3. BEGRIFFSKLÄRUNG „ZIVILGESELLSCHAFT“

Eine einheitliche Definition des Begriffs der Zivilgesellschaft ist nicht vorhanden. Habermas beschreibt die Zivilgesellschaft als „mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen [...], welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten“ (Habermas, 1992). Alternativ dazu verstehen Greiffenhagen und Greiffenhagen in ihrer Definition „Zivilgesellschaft [als] eine spezifische Form politischer Kultur [bei der] verschiedene Kräfte aus Staat, Markt, bürgerlicher Öffentlichkeit und bürgerlicher Privatheit [...] in einem ausgewogenen Verhältnis“ (Greiffenhagen and Greiffenhagen, 1999) miteinander in Kontakt treten und interagieren. Unter Zivilgesellschaft wird demzufolge der Bereich „jenseits von Markt, Staat und Privatsphäre“ (Zimmer, 2012) verstanden. Er umfasst eine Reihe verschiedener Akteure. Dazu zählen Vereine, Bürgerinitiativen, gemeinnützige Stiftungen, GmbHs und andere Non-Profit-Organisationen (NPOs) sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) (vgl. Abbildung 1).

Die Ziele zivilgesellschaftlicher Akteure beinhalten im Allgemeinen die Behebung gesellschaftlicher Probleme und die ausreichende Information der Bevölkerung über diese Probleme. Im Umweltbereich übernehmen zivilgesellschaftliche Akteure zum Beispiel die Funktion über Umweltverschmutzungen zu informieren, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen für mehr Umweltschutz einzutreten sowie in politischen Debatten zu Umweltthemen mitzuwirken. Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen kann einen lokalen, regionalen oder internationalen Fokus haben. Die Antriebe und Handlungshintergründe können bei den verschiedenen Akteuren höchst unterschiedlich sein (Zimmer, 2012).

Die Zivilgesellschaft steht im engen Zusammenhang mit dem Bereich der sozialen Bewegungen, zu denen auch Umweltbewegungen zählen. Soziale Bewegungen lassen sich als kollektive Akteure begreifen, die verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen umfassen können (Raschke, 1987). Darüber hinaus können sich zivilgesellschaftliche Organisationen aus einer sozialen Bewegung heraus entwickeln (Zimmer, 2012). Rucht weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass „Umweltbewegungen, wie soziale Bewegungen schlechthin, keine eindeutig abgrenzbaren Akteure darstellen. Sie sind vielmehr ein Konglomerat von informellen Gruppen, formellen Organisationen und komplexen Netzwerken, deren Aktivitäten kaum überschaubar sind“ (Rucht, 1996). Die deutsche Umweltbewegung wird im Vergleich zu anderen sozialen Bewegungen als besonders schwer greifbare Bewegung angesehen. Dies ergibt sich zum einen aus dem oben genannten Umstand, dass die Umweltszene aus Organisationen besteht, die regional und thematisch voneinander stark divergierende Schwerpunkte setzen. Darüber hinaus zeichnet sich die Umweltbewegung dadurch aus, dass ihr eine zentrale Konfliktlinie fehlt. Eine zentrale, die einzelnen Initiativen vernetzende Zentralorganisation ist zudem nicht vorhanden (Uekötter, 2012).

Abbildung 1: Zivilgesellschaft im Kräftefeld zwischen Staat, Markt und Privatsphäre



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Hölzing, 2012.

Bei der Forschung über zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen ergibt sich zudem das Problem, dass Informationen über diese Akteure kaum verfügbar sind. Radkau führt dazu aus: „Die Menge an Bürgerinitiativen, die als „Umweltbewegung“ firmieren, ist weltweit riesengroß und für keinen Einzelnen auch nur annähernd zu überblicken. In sehr vielen Fällen besitzen sie keine geordneten Archive, und in noch mehr Fällen geben sie – und dafür haben sie ihre Gründe – Außenseitern keinen Einblick in ihr internes Schrifttum. Am leichtesten sind ihre Statuten zu erfahren. Am schwierigsten das,

was sie tatsächlich tun und aus welchen Motiven heraus sie es tun (...). Da gründen sich Untersuchungen notgedrungen auf Interviews und Zeitungsartikel“ (Radkau, 2011).

Die folgende Untersuchung setzt an diesem Punkt an. Aufbauend auf einer Reihe von Expert/inn/eninterviews, die im Rahmen des Projekts durchgeführt wurden, soll die Geschichte und Entwicklung der deutschen Umweltbewegung als Teil der Zivilgesellschaft und ihre Verbindung zu den Umweltforschungsinstituten nachgezeichnet werden.

4. ZIVILGESELLSCHAFT UND UMWELTBEWUSSTSEIN IN DER BRD

Natur- und Tierschutzdebatten sowie Initiativen reichen bis in das 18. Jahrhundert zurück. Bis jedoch „abstrakte“ Umweltthemen als Gesamtheit wahrgenommen wurden und sich ein allgemeineres Umweltbewusstsein herausbildete, sollte noch einige Zeit vergehen: erst in den 1970er Jahren gewannen Umweltthemen in Deutschland an Bedeutung (Radkau, 2011). Diese Bedeutungssteigerung wird teilweise auf staatliche Initiativen, teils auf zivilgesellschaftliche Entwicklungen zurückgeführt. Im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ folgten die Vertreter staatlicher Institutionen bei den Interviews überwiegend der ersten Argumentation, wohingegen Wissenschaftler/innen nicht-staatlicher Umweltinstitute eher letztere Erklärung heranzogen. Mehrere Zeitzeug/inn/en betonten zudem die große Bedeutung internationaler Entwicklungen für die Anfänge der Umweltpolitik, der Herausbildung eines Umweltbewusstseins in der Bevölkerung und des Einzugs von Umweltthemen in die Wissenschaften. Im Zuge dieser internationalen Entwicklungen, insbesondere der Umweltbewegung in den USA, wurden einige meist populärwissenschaftliche Veröffentlichungen herausgebracht, die in der folgenden Zeit die Umweltpolitik anstießen (Müller, Interview 12.05.14), aber auch in der Zivilgesellschaft auf großes Interesse stießen (Kreibich, Interview 17.11.13; Hey, Interview 05.03.14).

Einige Expert/inn/en betonen die Bedeutung der Politik der sozial-liberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brand für die Steigerung des Umweltbewusstseins der deutschen Bevölkerung. Vierhaus spricht in diesem Zusammenhang explizit von der „Lenkung der öffentlichen Meinung durch die Bundesregierung“ (Vierhaus, 1994). Es war das erklärte Ziel der Bundesregierung in ihrem Umweltprogramm aus dem Jahr 1971 das Umweltbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und Bürgerinitiativen im Umweltbereich zu fördern. Nach der Veröffentlichung des Umweltprogramms wurde das Thema Umweltschutz von der Öffentlichkeit stärker beachtet und aufgegriffen (Müller, 2009). Umfragen aus den 1970er Jahren belegen den Bedeutungszuwachs des Umweltschutzes. Der Begriff „Umweltschutz“ war 1970 bei 41% der Befragten bekannt. Im November 1971 hatte sich dieser Wert auf 91% erhöht (Müller, 1986).

Einige Zeitzeugen des Projekts setzen das Aufkommen des Umweltbewusstseins und der Umweltbewegung eher mit der Studentenbewegung und dem Protest gegen massive Umweltverschmutzungen in den Industriegebieten in Zusammenhang. Zwar habe das Thema Umwelt in der Studentenbewegung als solches keine Rolle gespielt, doch das Protestmomentum hätte im Zusammentreffen mit den Umweltproblemen zur Stärkung des Umweltbewusstseins und der Umweltbewegung geführt (Kraemer, Interview 19.09.2013; Höpfner Interview 29.05.2013). Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker beschreibt das Umweltthema als demokratisierendes Element, welches die politische und die basisdemokratische Ebene lokaler Proteste zum ersten Mal in der BRD zusammen gebracht habe: „Die Umweltpolitik war in gewissem Sinne auch der Auslöser für die Demokratisierung auf Basisebene. Bis in die 60er Jahre hinein hatten wir ein doch im Wesentlichen hierarchisches Demokratiesystem [...] Die Basis hatte damals keine Rolle“ (Weizsäcker, Interview 20.03.13). Die massiven Umweltverschmutzungen, die Willy Brandt auch im Ruhrgebiet erlebt hatte, riefen nun lokale Proteste hervor, die nach damaligem Demokratieverständnis „gar nicht recht vorgesehen“ (Weizsäcker, Interview 20.03.13) waren. Auf dem Evangelischen Kirchentag 1969 habe der SPD Politiker Peter Conradi sich dafür ausgesprochen, dass man die Basisgruppen die sich für die Umwelt engagierten, als „Teil der Demokratie auffassen müsse. Und das war im Grunde ein Signal dafür, dass plötzlich die Bevölkerung sich an der Politik beteiligte und zwar direkt und nicht nur auf dem Umweg

über die parlamentarischen Wahlen. Insofern hat die Umweltpolitik eine wesentliche Rolle gespielt, oder die Umweltkrise, bei der Entstehung einer neuen Auffassung von Demokratie“ (Weizsäcker, Interview 20.03.13).

In den 1960ern und 1970ern Zeit wurde eine Vielzahl an Bürgerinitiativen gegründet. Die genaue Anzahl der Initiativen lässt sich auf Grund ihres spontanen Charakters und dem hohen Grad an Fluktuation nicht genau bestimmen. Schätzungen gehen davon aus, dass im Zeitraum von Anfang bis Mitte der 1970er Jahre zwischen 2000 und 50 000 Bürgerinitiativen entstanden, von denen 25 bis 30% im Bereich des Umweltschutzes angesiedelt waren. Als sicher gilt hingegen, dass diese Initiativen von einer Welle der Sympathie getragen wurden. Meinungsumfragen, die zwischen den Jahren 1971 und 1974 durchgeführt wurden, belegen dies: 60% der Befragten hielten Bürgerinitiativen für sinnvoll und 82% der Befragten vertraten die Ansicht, dass die Initiativen ihre Interessen zur Verbesserung der Umwelt durchsetzen könnten (Müller, 1986). Die Initiativen waren vor allem über den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) miteinander vernetzt. Der BBU war 1972 gegründet worden und spielte für die Umweltbewegung eine wichtige Rolle (Brand, 2008). Der BBU sollte vor allem den Zweck erfüllen, als Repräsentant der verschiedenen, eigenständigen Initiativen den Zielen der Umweltbewegung mehr Gewicht zu verleihen. Der BBU stand jedoch vor der Herausforderung, die divergierenden Interessen seiner Mitglieder ausbalancieren zu müssen, was auf Dauer zu internen Konflikten führte und das Einflusspotential des Verbandes minderte (Rucht, 1987).

Die Entstehung der ersten nicht-staatlichen Umweltinstitute steht in engem Zusammenhang zu diesen Initiativen. Insbesondere der Widerstand gegen die Atomkraft verlangte aufgrund der komplexen Thematik nach Fachwissen, über welches die Aktivist/inn/en der Initiativen nicht verfügten. Dies lag zum einen daran, dass sich beispielsweise in den Initiativen gegen geplante Atomkraftwerke hauptsächlich lokale Anwohner/innen zusammen fanden, die keine berufliche Nähe zur Thematik hatten. Zum anderen befürwortete die etablierte Wissenschaft die Atomkraft und war den Atomkraftgegner/inne/n nicht kritisch genug.

5. DIE BEDEUTUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT FÜR UMWELTFORSCHUNGSINSTITUTE . VIER BEISPIELE.

Öko-Institut e.V. und ifeu- Institut für Energie und Umweltforschung

Die Bedeutung wissenschaftlicher Arbeit und die zunehmende Professionalisierung werden bei der Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des Öko-Instituts deutlich. In einer Publikation anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Öko-Instituts zeigen die beiden Autor/inn/en Hoch und Rathmann den Zusammenhang zwischen Umweltbewegung, der Rolle wissenschaftlichen Arbeitens und der Entstehung des Umweltinstituts auf: „Die Idee eines unabhängigen Instituts wurde geboren, um den Werten und Zielen der Umweltbewegung eine wissenschaftlich fundierte Stimme zu geben“ (Hoch and Rathmann, 2007). Das Ziel war es, eine kritische Wissenschaft aufzubauen. Diese sollte anders als die universitäre Wissenschaft, deren Arbeit als von der Industrie abhängig empfunden wurde, frei und unabhängig forschen. Um sich seine Unabhängigkeit zu bewahren, sollte der gemeinnützige Verein durch seine Mitglieder finanziert werden (Roose, 2002).

In der Tat lag die Kritik an der Atomkraft – wie auch an anderen technischen Großanlagen im Bereich der Chemie oder im Bezug auf Raffinerien – auf politischer Seite und auch wissenschaftlicher Seite brach, was wohl mit der politischen Großwetterlage zusammenhing: Die erste Ölkrise 1973 führte zu einem Anstieg der Energiepreise. Die Bundesregierung reagierte auf die Krise indem sie den Ausbau der Kernenergie forcierte. Auf diese Weise sollte die Energieversorgung der BRD sichergestellt werden. Noch im selben Jahr wurde bekanntgegeben, dass in Wyhl ein neues Kernkraftwerk gebaut werden sollte. Gegen den Bau des Kraftwerkes bildeten sich bereits nach kurzer Zeit Initiativen und Proteste aus der

Bevölkerung. Der Widerstand gegen den Ausbau der Kernenergie wurde in den Folgejahren zum Kernthema für die deutsche Umweltbewegung, die sich in den 1970er Jahren entwickelte. In vielen Städten fanden zu diesem Zweck Demonstrationen gegen die Kernenergie statt (Schreurs 2002).

Die Bürger/innen standen zu diesem Zeitpunkt mit ihren kritischen Fragen nach den Risiken der Kernenergie einem Block aus Politik, Wissenschaft und Energiewirtschaft gegenüber, welcher die Kernenergie befürwortete. Zwar gab es auch auf dieser Seite Personen aus „Kernenergiegremien oder -behörden oder -institutionen [die] ein bisschen kritischer waren“ wie Zeitzeuge Dr. Ulrich Höpfner in seinem Interview erklärte. Diesen sei es jedoch nicht erlaubt gewesen, sich öffentlich dagegen zu äußern. Auch in den Reihen der Wissenschaftler/innen gab es abweichende Meinungen, „aber zumindest war die damalige Wissenschaft monolithisch so stark für Kernenergie, dass sie auch Kritik in ihren Reihen nicht duldeten“ (Höpfner, Interview 29.05.2013).

Um den Bau von neuen Kernkraftwerken zu verhindern, mussten die Bürger/innen, wenn sie den Rechtsweg einschlugen, auf wissenschaftliche, fundierte Gegenargumente zurückgreifen. Diese waren jedoch aus den oben beschriebenen Gründen nicht verfügbar. Aus diesem Grund brauchten die Bürger/innen nach Ansicht von Zeitzeuge Michael Sailer ein eigenes wissenschaftliches Forschungsinstitut (Sailer, Interview 19.09.2013). Prof. Dr. Udo E. Simonis bezeichnet die Gründung des Öko-Institutes in diesem Zusammenhang als einen „Aufschrei [...] aus der Zivilgesellschaft im Bezug auf das nicht vorhandene, nicht ausreichende, oder aber manipulierte Wissen“ (Simonis, Interview 20.03.2013). Zudem sei es „eine Art Affront gegen die etablierte Wissenschaft [gewesen], die sich zumindest damals mit dem Umweltthema eigentlich überhaupt noch nicht befasst hatte“ (Simonis, Interview 20.03.2013). Das Öko-Institut wurde im Jahr 1977 als erstes nicht-staatliches Umweltforschungsinstitut gegründet und richtete sich mit seinen Forschungsanstrengungen zunächst auf das geplante Kraftwerk in Wyhl.

Aus dem gleichen Kontext heraus entstand einige Monate später im Jahr 1978 das Institut für Energie und Umwelt (IFEU, später ifeu). Das IFEU legte bereits in seinem Gründungsjahr ein erstes Gutachten zu Wyhl vor. Dieses setzte sich mit den Risiken der Kernenergie auseinander und deckte im offiziellen sicherheitstechnischen Gutachten zum Kernkraftwerk Wyhl eine Reihe von Fehlern auf (Höpfner, Interview 29.05.2013). Das Gutachten war im Rahmen eines Tutoriums an der Universität Heidelberg entstanden. Die Universitätsleitung distanzierte sich jedoch von dem kritischen Bericht und ging auch juristisch gegen das Tutorium vor. Die Gründung der IFEU kann deswegen als eine „erzwungene Reaktion“ auf die Gegenmaßnahmen der Universität gesehen werden (Höpfner, Interview 29.05.2013). In der Folgezeit wurden weitere kritische Gutachten erstellt, welche auch die Bezeichnung „Gegengutachten“ und „Gegenstudien“ trugen (Roose, 2002). Während die ersten Forschungsvorhaben beim Öko-Institut vor allem durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert wurden, musste sich das IFEU durch Forschungsförderung refinanzieren (Höpfner, Interview 29.05.2013). Man setzte nicht auf einen großen Förderverein, um Konkurrenz mit dem kurz zuvor gegründeten Öko-Institut, mit dem man in enger Verbindung stand, zu vermeiden. Der Mangel an Grundfinanzierung brachte das ifeu-Institut in den ersten zwanzig Jahren seines Bestehens zwei Mal in schwere ökonomische Krisen, die fast das Aus des Instituts bedeuteten. Das Ausbleiben von Aufträgen unter der neuen Regierung Kohl überlebte das Institut durch die Bewilligung von ABM-Stellen. Die thematische Diversifizierung in der Folgezeit ging auch mit einer Professionalisierung und Stärkung des wissenschaftlichen Fokus einher. „Man verstand sich immer stärker als Forschungseinrichtung und immer weniger als eine Bürgerinitiative“, schreibt Dr. Ulrich Höpfner über diese Phase im Band zum 20-jährigen Jubiläum des ifeu (Höpfner, 1998). Im Zuge des Wachstums des Instituts und unterschiedlicher Auftragsprofile schien bald darauf die Rechtsform als gemeinnütziger eingetragener Verein nicht mehr passend. Das ifeu wurde eine GmbH. Wobei dies „keineswegs auf Gewinnstreben ausgerichtet [sei], sondern vielmehr auf den dauerhaften Erhalt des Instituts“ (Höpfner, 1998).

So weisen bereits diese beiden ersten nicht-staatlichen Umweltinstitute einen Unterschied in ihrer Nähe zur Zivilgesellschaft auf: zwar sind beide aus den zivilgesellschaftlichen Umweltbewegungen hervorgegangen und als eingetragener Verein

gegründet, doch nur das Öko-Institut strebte viele Mitglieder an, wohingegen im Ifeu meist nur die Mitarbeiter/innen Mitglieder waren. Die Umwandlung zur GmbH scheint die größere Ferne zur Umweltbewegung nochmals zu unterstreichen. Aufgrund der Organisationsform und der hohen Mitgliederzahl dürfte sich das Öko-Institut eine größere Nähe zur Umweltbewegung erhalten haben.

Ecologic Institut

Das Ecologic Institut wurde 1995 in Berlin als gemeinnützige GmbH durch sechs Gründer/innen ins Leben gerufen. Seine Wurzeln gehen auf das Institut für Europäische Umweltpolitik (IEUP) zurück, welches 1976 durch Prof. Dr. Konrad von Moltke in Bonn gegründet wurde. Das IEUP hatte das Ziel, die Umweltpolitik der EU voranzutreiben. In seiner wissenschaftlichen Arbeit lag ein Schwerpunkt auf der Erstellung von vergleichenden Politikanalysen. Es war laut Zeitzeuge R. Andreas Kraemer zur damaligen Zeit ein Pionier im Bereich der multidisziplinären, international vergleichenden Politikanalyse (Kraemer, Interview 19.09.2013). Das IEUP ist nicht aus der Umweltbewegung entstanden. Es war vielmehr eine Gründung durch Politikexperten, die einen Mangel an vergleichender Politikanalyse identifiziert hatten. Die Aufträge wurden hauptsächlich für europäische Institutionen durchgeführt, dank einer Finanzierung aus der Europäischen Kulturstiftung konnte das Institut auch frei gewählte Themen bearbeiten.

Nach der Auflösung des IEUP 1995 wurde in Berlin das Ecologic Institut gegründet. Erster Direktor des Instituts wurde R. Andreas Kraemer, der zuvor für das IEUP gearbeitet hatte. Das neue Institut hatte einige Gemeinsamkeiten mit dem IEUP, wurde jedoch organisatorisch anders aufgebaut. In seiner Eigendarstellung schreibt das Ecologic Institut man habe einen „Think Tank für angewandte Politikanalyse, Beratung und Umweltschutz [gründen wollen], der an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik agiert“ (Ecologic, 2014). Auch hier gab es also keinen Impuls aus der Umweltbewegung. Für eine Gründung aus einer Bewegung muss laut R. Andreas Kraemer der historische Zeitpunkt stimmen: „Es muss eine hohe Mobilisierung geben, es muss eine offensichtliche Lücke im Wissenschaftssystem geben, die geschlossen werden muss und es muss dann nicht nur eine gewisse kritische Masse geben, sondern auch einen gewissen Schwung geben an (...) guter Wissenschaft, als auch an aus dieser Wissenschaft formulierten Problemlösung[en]“ (Kraemer, Interview 19.09.2013). Die politische Realität damals sei eine völlig andere gewesen: „1995 in der Wirtschaftskrise nach [der] Vereinigung, als in Deutschland nur alle über Deutschland Ost und West (...) geredet haben und keiner wahrhaben wollte, dass der (...) europäische Rahmen der viel interessantere war. In dieser Phase war es schlichtweg nicht möglich, Menschen in größerer Anzahl zu begeistern, um aus einer Bewegung heraus ein solches Institut zu gründen. Das ist der Grund dafür, warum es ein kleiner Kreis von Leuten war, die stellvertretend für die Gesellschaft hier ein öffentliches Interesse wahrgenommen haben“ (Kraemer, Interview 19.09.2013).

Die Gründungsgeschichte des Ecologic Instituts ist mithin eine völlig andere als die der beiden zuvor beschriebenen älteren Institute. Nicht in den Umweltbewegungen entstanden, hat im Laufe der Zeit die Nähe zur Zivilgesellschaft jedoch eher zugenommen. In Projekten, die eine „Outreach-Komponente“ haben, werden häufig Vertreter/innen von Umweltverbänden und NGOs einbezogen; Ringvorlesungen richten sich an die breitere Öffentlichkeit und Umweltbewegte.

Das WZB- Eine zivilgesellschaftliche Organisation von „Oben“

Das WZB wurde 1969 auf Initiative einer Reihe von Bundestagsabgeordneten mit dem Status einer gemeinnützigen GmbH in West-Berlin gegründet. Die Intention hinter der Gründung des WZB war, das vom Rest der BRD getrennte und somit „isolierte“ West-Berlin durch die Etablierung eines Forschungszentrums als Wissenschaftsstandort attraktiver zu machen. Darüber hinaus sollte das WZB Politik und Verwaltung entlasten, die Planungssicherheit erhöhen und dazu beitragen, gesellschaftlichen Wandel besser erklären zu können. Seine Forschung sollte das WZB an den aktuellen gesellschaftlich-politischen Problemen ausrichten (Berthoin Antal and Kocka, 2009). Die Grundfinanzierung des WZB erfolgte aus

öffentlichen Mitteln: 75% davon entfielen auf den Bund und die restlichen 25% auf das Bundesland Berlin. Zur Zeit der sozial-liberalen Koalition (1969-1982) stellte das WZB eine der wichtigsten Beratungsinstitutionen für die Politik dar. Die politische Wende, die in den Jahren 1982/1983 auf Bundes- und Landesebene vollzogen wurde, überstand das WZB auf Grund seines internationalen Renommees ohne größere Schwierigkeiten. Der Schwerpunkt der eigenen Tätigkeit verlagerte sich jedoch von der praxisbezogenen Politikberatung in den Bereich der Grundlagenforschung (Bleek, 2001).

Das WZB wurde in den ersten Jahren nach seiner Gründung von den deutschen Universitäten auf Grund seines privaten Charakters kritisch betrachtet und als Konkurrent empfunden. Dies änderte sich jedoch bereits nach wenigen Jahren und es kam im Laufe der Zeit zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit akademischen Einrichtungen. Durch die zunehmend auch internationale Vernetzung und seine interdisziplinäre Arbeitsweise war es dem WZB möglich, frühzeitig Forschung zu bestimmten Themen zu betreiben. So wurden zum Beispiel Umweltaspekte in Forschungsvorhaben berücksichtigt, als diese noch keine Breitenwirkung entwickelt hatten (Berthoin Antal and Kocka, 2009). Im Jahr 1977 wurde zudem das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft (IIUG) als Teil des WZBs eröffnet, mit dem Umweltfragen speziell aus sozialwissenschaftlicher Perspektive untersucht werden sollten (Weidner, Interview 4.12.2013).

Ähnlich wie das Öko-Institut musste sich auch das IIUG gegen externe Kritik an seiner Umweltforschung verteidigen. Internationale Vergleichsstudien mit anderen Ländern wie den USA und Japan, in denen das WZB der BRD technischen Nachholbedarf attestierte, wurden von Umweltspezialist/inn/en aus der deutschen Verwaltung und von Ingenieur/inn/en oftmals stark kritisiert. Dabei wurde häufig angezweifelt, ob die „Maulwissenschaftler“ (Weidner, Interview 4.12.2013) des WZB über die juristische und technische Expertise verfügten, um derartige Einschätzungen zu treffen. PD Dr. Helmut Weidner spricht in diesem Zusammenhang explizit von „Interventionen“ von außen in den laufenden Forschungsprozess, durch die die ersten Publikationen eines Forschungsprojektes sogleich attackiert wurden. Als Gegenreaktion auf diese Kritik wurden die Vorbereitungsphasen zu Forschungsprojekten ausgedehnt, in denen sich die Wissenschaftler/innen intensiv mit den technischen Details zum jeweiligen Themengebiet auseinandersetzen (Weidner, Interview 4.12.2013).

Das WZB war nach Ansicht von PD Dr. Helmut Weidner in seinen Anfangsjahren klassisch wissenschaftlich ausgerichtet. Forschung wurde zwar zu realen, gesellschaftlich relevanten Themen betrieben, aber ausschließlich über kostenpflichtige Fachzeitschriften an die Wissenschaftsgemeinde kommuniziert. Die Forschungsergebnisse des WZB wurden so von der breiten Bevölkerung nicht wahrgenommen, da in diese „Spezialzeitschriften, [...] nie ein normaler Mensch reingucken würde“ (Weidner, Interview 4.12.2013). Die Öffentlichkeitsstrategie des WZB wandelte sich jedoch unter seinen verschiedenen Präsident/inn/en. Insbesondere Prof. Jutta Allmendinger Ph.D., die seit 2007 als Präsidentin das WZB leitet, forderte von ihren Mitarbeiter/inne/n eine verständlichere Darstellung der Forschungsergebnisse und diese auch stärker nach außen zu kommunizieren. PD Dr. Weidner bewertet dies als einen positiven Schritt, um das WZB von dem ihm anhaftenden Ruf, eine reine „Elfenbeinturmforschung“ auszuüben, zu befreien (Weidner, Interview 4.12.2013). R. Andreas Kraemer betont trotz der staatlichen Gründung und relativen Ferne die Parallelität der WZB Gründung zu den zivilgesellschaftlichen Entstehungsgeschichte des Öko-Instituts und des IFEU in Heidelberg: Die staatliche Umweltpolitik und die Fortsetzung dieser Politik „ist nicht denkbar ohne eine breite Unterstützung in der Bevölkerung“ (Kraemer, Interview 19.09.2013).

Das WZB steht somit am anderen Ende der Skala, wenn es um die Nähe zur Zivilgesellschaft geht. Vom Staat für den Staat gegründet, wurde es von der Zivilgesellschaft zunächst kaum beachtet, von den Universitäten hingegen stark abgelehnt. Gerade Vertreter/innen der politischen Linken warnten vor dem WZB. Vierzig Jahre später scheint das WZB näher an die Zivilgesellschaft zu rücken, als je zuvor.

6. DISKUSSION

Es gibt eine große Bandbreite an Konstellationen in denen Umweltforschungs- und -beratungsinstitute mit der Zivilgesellschaft interagieren. Einige Institute haben sich „von unten“ aus Protest gegen Umweltprobleme (Beispiel Öko-Institut) gegründet, andere Umweltforschungsinstitute wurden durch den Staat gegründet (das IUG als Teil des WZB). Einige nicht-staatliche Institute sind nicht aus der Umweltbewegung hervorgegangen, nehmen nach eigenem Verständnis jedoch eine wichtige Gesellschaftsaufgabe wahr (z.B. Ecologic Institut).

Die beschriebenen Institute sind in der deutschen Wissenschaftslandschaft verankert – sie erfahren weder massive Kritik, noch werden sie durch eine Welle der zivilgesellschaftlichen Unterstützung getragen. Auch scheint eine gewisse Angleichung stattzufinden: staatliche Institute und nicht-staatliche Institute, die nicht aus der Umweltbewegung hervorgegangen sind, scheinen im Laufe der Zeit näher an zivilgesellschaftliche Akteure zu rücken. Institute, die aus der Umweltbewegung hervorgegangen sind, scheinen im Verhältnis ihre Verbindung zur Umweltbewegung eher zu lockern.

Diese Entwicklung ist in vieler Hinsicht positiv: Die Umweltinstitute haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten stark professionalisiert. Die Anzahl der Institute wie auch die Anzahl der dort tätigen Wissenschaftler/innen hat sich erhöht. Entgegen ihren umkämpften Anfängen sind die Institute heute von staatlicher Seite anerkannt und führen einen Großteil ihrer Aufträge für Ministerien oder staatliche Behörden durch. Zum einen beraten wissenschaftliche Umweltinstitute somit politische Entscheidungsträger/innen direkt und können – theoretisch – zu besseren umweltpolitischen Regelungen beitragen. Die Akzeptanz der Umweltforschung ist stark gestiegen.

Die Entfernung zur zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung wird jedoch von einigen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen kritisch gesehen, denn Wissenschaft allein reiche nicht aus: „Selbst wenn man Wissenschaft etabliert (...), muss das gesellschaftlich noch nicht sonderlich viel bedeuten. Wie stark wird denn Politik überhaupt von Wissenschaft beeinflusst?“ (Simonis, Diskussion 20.03.2013). Auch Prof. Dr. Zahrnt fürchtet mangelnde Radikalität der Umweltforschungsinstitute und spricht sich für eine Stärkung und Neugestaltung der Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlicher Umweltbewegung und Umweltforschungsinstituten aus (Zahrnt und Zahrnt, 2008).

Literatur und Quellen

- Berthoin Antal, A., Kocka, J., 2009. Geschichte des WZB. Immer einen Schritt voraus. Tagesspiegel Online.
- Bleek, W., 2001. Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München.
- Greiffenhagen, M., Greiffenhagen, S., 1999. Deutschland und die Zivilgesellschaft. Bürg. Im Staat 49, 148–153.
- Hoch, S., Rathmann, C., 2007. Wir können auch anders! Der ungewöhnliche Weg des Öko-Instituts vom Außenseiter zur etablierten Forschungs- und Beratungseinrichtung, in: Öko-Institut e.V. (Ed.), Mission Nachhaltigkeit - Ein Blick Zurück Und Der Weg Nach Vorn. Freiburg.
- Hölzing, P., 2012. Öffentlichkeit und Privatheit: Rekonstruktion einer Unterscheidung am Beispiel der Theorie von Jürgen Habermas. diskurs 8, 34–64.
- Larson, M.A., 2006. Research Design and Strategies, in: Charlton, T.L., Myers, L.E., Sharpless, R. (Eds.), Handbook of Oral History. Lanham, MD, pp. 105–134.
- Müller, E., 1986. Innenwelt der Umweltpolitik: Sozial-liberale Umweltpolitik - (Ohn)macht durch Organisation. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Radkau, J., 2011. Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. Bonn.
- Raschke, J., 1987. Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Roth, R., Rucht, D. (Eds.), . Bonn, pp. 19–29.
- Ritchie, D.A., 2003. Doing Oral History: a practical guide. Oxford.
- Roose, J., 2002. Made by Öko-Institut: Wissenschaft in einer bewegten Umwelt. Öko-Institut e.V., Freiburg.
- Rucht, D., 1987. Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung, in: Roth, R., Rucht, D. (Eds.), Neue Soziale Bewegungen in Der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, pp. 238–260.
- Rucht, D., 1996. Wirkungen von Umweltbewegungen: Von den Schwierigkeiten einer Bilanz. Forschungsjournal Neue Soz. Bewegungen 9, 15–27.
- Schreurs, M.A., 2002. Environmental Politics in Japan, Germany, and the United States. Cambridge University Press.
- Shopes, L., 2002. What is Oral History?, in: Making Sense of Evidence Series on History Matters: The U.S. Survey on the Web. pp. 1–23.
- Uekötter, F., 2012. Eine ökologische Ära? Perspektiven einer neuen Geschichte der Umweltbewegungen. Zeithistorische ForschungenStudies Contemp. Hist. Online-Ausg. 9, 1–7.
- UfU, 2014. Das Institut | UfU.de [WWW Document]. URL <http://www.ufu.de/de/das-institut.html> (accessed 8.29.14).
- Zahrnt, A., Zahrnt, V., 2008. NGOs und Umweltwissenschaft: Ein Verhältnis im Wandel. Polit. Ökol. 111, 64–66.
- Zimmer, A., 2012. Zivilgesellschaft. Ein Leitbild, in: Hradil, S. (Ed.), Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Bonn, pp. 353–364.

Zitierte Zeitzeug/inn/en

- Hey, Christian (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 05. März 2014.
- Höpfner, Ulrich (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 29. Mai 2013.
- Kraemer, R. Andreas (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 19. September 2013.
- Kreibich, Rolf (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 07.November 2013.
- Müller, Edda (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 12. Mai 2014.
- Sailer, Michael (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 19. September 2013.
- Simonis, Udo Ernst (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende“ – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung, Berlin, 20. März 2013.
- Simonis, Udo Ernst (2013): Diskussion im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende“ – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung, Berlin, 20. März 2013.
- Weidner, Helmut (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 04. Dezember 2013.

von Weizsäcker, Ernst Ulrich (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 20. März 2013.

Das Ecologic Institut bedankt sich bei allen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die bei diesem Projekt mitgewirkt haben.